

Niederschrift **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.03.2021
Sitzungsbeginn:	18:44 Uhr
Sitzungsende:	20:56 Uhr
Ort, Raum:	in der Glück-Auf-Halle, Holz

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

Ratsmitglieder:

Bauer, Hartmut	CDU
Bernauer, Mark	CDU
Blanckenhorn, Dirk	GLN Klimabunt
Britz, Tim	SPD
Flöhl, Rüdiger	GLN
Franke, Jörg	AfD
Hartmann, Carsten	SPD
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt
Kaninke, Werner	AfD
Kiel, Johannes	CDU
Kopp, Pascal	FDP
Krebs, Ulrich	FDP
Lafontaine, Hans Gerhard	GBH
Lesch, Bruno	CDU
Maas, Helmut	CDU
Mailänder, Herbert	SPD
Meisberger, Patrik	CDU
Michaelis, Friedrich	CDU
Näckel, Kilian	CDU
Neuhardt, Jörg	SPD
Reimann, Peter, Dr.	SPD
Roos, Denis	SPD
Ruloff, Harry	GBH
Saar, Horst	GLN Klimabunt
Schmidt, Manfred	CDU
Schmidt, Stefan	SPD
Trappmann, Claudia	SPD
Wachall, Richard	CDU
Woll, Peter	CDU
Zimmer, Reiner	SPD

Von der Verwaltung:

Nowack, Heike
Ringe, Markus
Thinnes, Klaus

bis TOP 6.1 / 20:54 Uhr

bis TOP 6.1 / 20:54 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

- 5 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.02.2021 (nichtöffentlicher Teil)
- 6 Vergabe von Lieferungen und Leistungen
- 6.1 Vergabe Linie 149 - Heu-Bus
Vorlage: BV/0020/21
- 7 Personalangelegenheiten
- 7.1 Besetzung der Stelle des Leiters / der Leiterin der Kindertagesstätte Holz
Vorlage: BV/0018/21
- 8 Mitteilungen und Verschiedenes

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.02.2021 (öffentlicher Teil)

Herr Krebs bezieht sich auf den letzten Abschnitt auf Seite 5 der Niederschrift, in dem seine Wortmeldung deutlich verkürzt wiedergegeben worden sei. Er möchte hierzu folgendes anmerken:

Die Zeile 5 sollte, zum besseren Verständnis, wie folgt geändert werden: „Klimaschutz als zentrale „kommunale“ Aufgabe“ um seine Kritik zu verdeutlichen. Zweitens fehle im Protokoll seine Anmerkung, dass für diese anfallenden quantitativen Aufgaben auch deren Überprüfung im Konzept gefordert werde. Hierfür würde Personal mit wissenschaftlicher Ausbildung benötigt, das zu diesen Berechnungen überhaupt in der Lage sei. Bei der Gemeindeverwaltung sehe er niemand Qualifiziertes. Er biete der Schriftführerin an, dies gerne im Detail per Mail zu verhandeln.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Schriftführer*innen angewiesen seien, lt. der Geschäftsordnung ein Beschlussprotokoll zu führen. Er bitte daher, wenn jemand seine Wortmeldung detailliert im Protokoll vermerkt haben wolle, dies **vor** der Wortmeldung entsprechend mitzuteilen.

Herr Krebs merkt an, dies hätte er besser angemeldet gibt jedoch zu bedenken, dass es sich um zentrale Kritikpunkte an dem Konzept handle, zumal er die einzige Fraktion vertreten habe, die dieses Konzept ablehne. Was ihm als drittes noch fehle, sei die Formulierung, dass ursprünglich sogar daran gedacht worden sei, dieses Konzept für ganz Heusweiler verpflichtend einzuführen, was auch Firmen und Privatpersonen betroffen hätte. Hierzu habe die Gemeinde Heusweiler überhaupt keine Kompetenz. Dies sei ein wesentlicher Punkt der aufzeige, weshalb das Konzept überzogen sei.

Der Vorsitzende teilt mit, man werde die Anmerkungen zur letzten Niederschrift

im heutigen Protokoll vermerken und zur Kenntnis nehmen.

Einstimmiger Beschluss bei 1 Stimmenthaltung (GLN):

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.02.2021 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.02.2021

Der Vorsitzende verliest nachfolgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.01.2021:

- Frau Jacqueline Sohn wird zeitlich befristet für die Dauer von 2 Jahren als Beschäftigte eingestellt.
- Der Gemeinderat beschließt, der Auftragsvergabe zur Unterfangung des Bestandsgebäudes, der Herstellung der Bodenplatte und der Herstellung der Baustraße am Anbau der Grundschule Heusweiler an die Bauunternehmung Collet aus Heusweiler gemäß ihrem Nebenangebot zuzustimmen.

zu 3 Diskussion zu Anforderungen und Grundlagen für ein Straßenbeleuchtungskonzept

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Klein und Herrn Mellinger von der energis-Netzgesellschaft mbH und teilt mit, dass man sich bezüglich des Beleuchtungskonzeptes mit energis austauschen wolle. Er bedankt sich bei den Herren, dass diese der Anfrage so schnell entsprochen haben und erteilt Ihnen das Wort.

Herr Klein dankt für die Einladung ein Konzept für die Straßenbeleuchtung vorzustellen zu können. Er habe dies in Form einer kleinen Präsentation vorbereitet (hinterlegt im Ratsinformationssystem) um erkennen zu können, wie der Stand und die Entwicklung der Straßenbeleuchtung sei und erläutert dies ausführlich.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Klein für die Vorstellung des Ist-Zustandes sowie der Perspektive hinsichtlich der Erneuerungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Maas merkt an, dass von Herrn Klein das bestehende Konzept angesprochen worden sei. Den Ortsräten sei wichtig, dass fehlende Leuchten aufgrund von Straßenerweiterungen und Neuansiedlungen ergänzt würden. Im letzten Teilabschnitt der Straße „In der Hommersbach“ fehle eine Leuchte. Wie er erfahren habe, handele es sich hierbei um eine neu zu installierende Leuchte, die nicht gefördert würde. Es sei jedoch seinerzeit versäumt worden, entsprechende Leuchten zu installieren.

Herr Klein führt aus, er habe Pläne für die Ortsteile vorbereitet, in denen die Standorte der Leuchten hinterlegt seien. Die unterschiedlichen Abstände (40-50-60 bis 80 Meter) seien entsprechend farbig dargestellt. Diese Pläne werde er der Verwaltung als Arbeitsgrundlage zur Verfügung stellen (hinterlegt im Ratsinformationssystem). Diesen Plänen sei auch zu entnehmen, wo Leuchten fehlten.

Auf die Frage von Herrn Maas, ob dies nur die normale Straßenbeleuchtung betreffe, teilt Herr Klein mit, dass auch teilweise Wege bzw. Radwege beleuchtet seien. Diese seien, sofern sie am Beleuchtungskonzept angegliedert seien, mit aufgeführt.

Herr Maas informiert, dass sich auf einem Teilstück zwischen Heusweiler und Walpershofen ein Rad- und Fußweg befinde, auf dem insgesamt acht Leuchten fehlen würden. Er habe vom Verkehrsministerium die Mitteilung erhalten, dass im Rahmen des Radwegekonzeptes Saarland eine Förderung bei einer Neuinstallation von Lampen möglich sei. Das entsprechende Förderprogramm werde derzeit erstellt und werde voraussichtlich bis Ende April auf den Weg gebracht.

Herr Klein hält fest, man stehe immer in Verbindung mit der Verwaltung. Die Beleuchtung würde entsprechend projektiert und selbstverständlich alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft.

Herr Näckel spricht die Landstraße (L 141) zwischen Ober- und Niedersalbach an. Hier seien bereits vor Jahren die Straßenlampen ausgeschaltet worden. Aufgrund vieler Nachfragen möchte er wissen, ob es nicht möglich sei, diese Lampen wieder einzuschalten, zumal in diesem Bereich sehr viele Spaziergänger und Fahrradfahrer unterwegs seien.

Herr Klein hält fest, dass in diesem Bereich die Infrastruktur noch vorhanden sei. Er glaube die Abschaltung sei seinerzeit von der Verwaltung forciert worden. Er rät Herrn Näckel bei der Verwaltung nochmals vorstellig zu werden. Technisch sei die Inbetriebnahme möglich. Einen Austausch der Leuchten gegen LED würde er befürworten, da sie auch energieeffizienter seien. Dies sei mit der Verwaltung abzustimmen.

Herr Redelberger korrigiert, da der Rat das Beleuchtungskonzept beschlossen habe, müssten auch die Änderungen durch den Rat beschlossen werden.

Herr Lafontaine teilt mit, die GBH-Fraktion habe das Anliegen, dass der Gesundheitsaspekt Berücksichtigung finde. Das zuvor angesprochene Projekt „Sternenland St. Wendel“ sei ein Vorzeigeprojekt, dem entnommen werden könne, dass Deutschland 9.000.000 Straßenlampen habe, die insgesamt 4,8 Milliarden KW Strom verbrauchen. Hierbei entstünden 2-3.000.000 Tonnen CO₂, was seitens des Naturschutzbundes (NABU) ermittelt worden sei. Eine Umstellung auf Leuchtmittel neuester Technologie könne eine hohe Einsparung von Energie und CO₂-Immissionen bedeuten. Ein gesundes Licht für Mensch und Natur bedeute ein warm-weißes Licht mit geringen Blauanteilen. Ebenso sollte auf abgeschirmtes Licht (Punktbeleuchtung) sowie eine Bedarfsanpassung der Beleuchtung (wie beispielsweise Zeitschaltuhren, Bewegungsmelder usw.) geachtet werden. Man dürfe nicht vergessen, dass unendlich viele Insekten durch Lichtquellen mit hohem Blaulichtanteil angezogen und verenden würden. Viele Vögel kollidierten mit Gebäuden und nachtaktive Arten würden ihren Lebensraum verlieren, weil es immer hell sei. Darüber hinaus sei erwiesen, dass die Melatoninproduktion durch das viele Licht gestört würde, was sich negativ auf das Schlafverhalten des Menschen auswirke. Hier habe man erkannt, dass es Zusammenhänge zwischen Beleuchtung und Krankheitsfällen gebe. Die GBH-Fraktion lege großen Wert darauf, dass die Umsetzung sehr umweltverträglich

ausgeführt werde.

Herr Zimmer bezieht sich auf die von Herrn Klein angesprochenen Pläne der Leuchtenstandorte, mit denen es möglich sei, fehlende Leuchten zu erkennen. Er hätte hierzu gerne gewusst, ob hieraus entnommen werden könne, welche Abstände und Arten von Leuchten zu wählen seien. Auffallend sei, dass bei einseitiger Anbringung der Straßenleuchten der Bereich des Schnittwinkels in der Abstrahlung oftmals schlecht ausgeleuchtet sei. Er hätte gerne gewusst, ob es heute Möglichkeiten gebe, dies besser zu gestalten. Er merkt an, je mehr Leuchten verschiedener Art (Designleuchten/LED-Leuchten) vorhanden seien, umso größer seien die Haltungskosten.

Der Rat sollte sich mittelfristig festlegen, welche Wege er gehen wolle, was zu einer Vereinheitlichung und zu geringeren Verwaltungskosten führen könnte.

Herr Klein beginnt mit der Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, sich auf Leuchtentypen festzulegen. Er glaube, dass die Gemeinde Heusweiler dies bereits beschlossen habe und eine der wenigen Kommunen sei, die eine Festlegung getroffen habe. Wenige Typen zur Auswahl würden ein einheitliches Bild bieten und geringere Lagerkosten verursachen.

Hinsichtlich der Abstände laute die Faustformel: 40 Meter Abstand zwischen den Leuchten. Dies sei nicht immer umzusetzen und müsste vor Ort in Augenschein genommen werden.

Herr Mellinger ergänzt, dass die Pläne einen ersten Anhaltspunkt hinsichtlich der Lichtpunktabstände bieten würden. Aus Erfahrung könne man sagen, dass die Lichtpunktabstände nicht das einzige Kriterium sei. Ebenso würde die Örtlichkeit, Lage, Vegetation oder die Abstände der Häuser zur Straße eine Rolle spielen, was allein anhand der Pläne nicht beurteilt werden könnte. Bei der Umrüstung anderer Kommunen auf LED, habe man eine bessere Abgrenzung zwischen hell und dunkel erzielen können, weil das Licht punktuell auf die zu beleuchtende Fläche gelenkt werde und das Streulicht wesentlich geringer ausfalle. Bei der Umrüstung auf LED-Leuchten habe man eventuell das Gefühl, dass die Hell-/Dunkelzone wesentlich größer werde, je höher der Abstand zwischen den Leuchten sei. Dort sei das Bestreben gewesen, diese Lücken aufzufüllen. Hierzu sollten die Leute vor Ort, wie Ortsvorsteher, Ortsräte sich die Pläne ansehen, um zu eruieren, wo die sinnvollsten Punkte zur Ergänzung der Beleuchtung seien. Da die örtliche Politik die Ortschaften und den Verkehr am besten kenne, sollten ihrerseits entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Herr Flöhl möchte wissen, ob bei einer Umrüstung strahlungsarme Lampen verwendet würden.

Herr Klein verweist auf die Präsentation, in der seitens der energis empfohlen werde 3000-Kelvin-Lampen einzusetzen, da hier der Blauanteil verringert sei. Dies verursache keine Mehrkosten und sei preislich gleich zu den 4000-Kelvin-Lampen.

Von Herrn Flöhl auf die Reduzierung der Lichtleistung um 20 % angesprochen, teilt Herr Klein mit, dass in der Lichtreduzierungsphase auch der Lichtstrom reduziert sei, was bedeute, dass auch der Anflug der Insekten geringer sei. Es sei jedoch zu klären, wann reduziert werde. Man könne nicht mit Einschaltimpuls auf

80 % gehen. Man erfülle die Beleuchtungsnorm und könne an der niedrigsten Stufe, das niedrigste Niveau an Beleuchtung bringen, was die DIN vorgebe. Dies habe den Effekt einer geringeren Installation (sofern man Abstände vergrößern könne), geringere Energie und somit geringere Energiekosten, weniger CO2 und weniger Lichtimmission.

Auf eine entsprechende Frage von Herrn Dr. Reimann hinsichtlich unterschiedlicher Standards, antwortet Herr Klein, dass es eine Straßenbeleuchtungsnorm gebe. Dies sei die DIN 13201, die die Grundlage für die Planung darstelle. Darüber hinaus gebe es eine Beleuchtungsnorm für Fußgängerüberwege und eine für Parkplätze. Des Weiteren teilt er mit, dass beispielsweise Hauptstraßen ein anderes Beleuchtungsniveau als Wohnstraßen oder Fußwege hätten.

Von Herrn Dr. Reimann auf die 4-Prozent-Einsparung angesprochen, teilt Herr Klein mit, dass es ein Berechnungsformular gebe, welches mit den Werten nach Lichtsystemen auszufüllen sei. Hier werde nicht nach der Lichtausbeute gefragt. Es werde nur Energieeinsparung alt gegen neu abgefragt.

Herr Dr. Reimann hätte des Weiteren gerne gewusst, ob die von Herrn Klein angesprochenen Seilleuchten, regelmäßig auf Korrosion und Festigkeit der Ankerpunkte kontrolliert würden.

Herr Klein antwortet, dass man bei der energis einen 4-Jahres-Turnus habe. In diesem Jahr sei die Beleuchtung in Heusweiler mit der turnusmäßigen Leuchtenwartung und -inspektion an der Reihe. Es werden ein Leuchtmitteltausch sowie eine Bewertung der Tragsysteme durchgeführt. In 2022 finde eine Standsicherheitsprüfung an den Straßenbeleuchtungsmasten statt. Diese würden nach einem Stichprobenverfahren mit Ultraschall untersucht.

Herr Stefan Schmidt interessiert inwiefern das Thema Digitalisierung eine Rolle spiele. Da mancher Orts Leuchten per App oder SMS angesteuert werden könnten, um sie heller bzw. ein- und auszuschalten, hätte er gerne gewusst, ob dies angeboten werde, wie hoch die Mehrkosten seien und ob dies in Relation zum Stromverbrauch bzw. der Stromersparnis gerechnet werde.

Herr Klein teilt mit, dass als Pilotprojekt für die Gemeinde Heusweiler beim Bauabschnitt in Niedersalbach eine Umrüstung auf bewegungsabhängiges Licht erfolge. Dies bedeute, dass wenn Bewegung stattfinde, das Lichtniveau hochgefahren werde. Ohne Bewegung erfolge eine Absenkung auf Mindestmaß. Wie die Steuerung erfolgen solle, sei seitens der Verwaltung zu klären. Im Moment würde keine flächendeckende Umsetzung angeraten, da die Technik noch sehr teuer sei. Die Leuchten würden es hergeben, jedoch könnte eine Aufrüstung auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Herr Mellinger gibt zu bedenken, dass beim Einsatz von Kommunikationstechnik zur Steuerung technischer Anlagen, diese nicht dieselbe technische Lebensdauer habe, wie die Komponente selbst. Bei der Altersstruktur habe man gesehen, dass Leuchten im Alter zwischen 40 und 50 Jahren im Einsatz seien. Bei den neuen LED-Leuchten sei die Lebensdauer wesentlich geringer. Dies sollte man immer im Hinterkopf behalten, wenn man auf solche innovativen Lösungen gehen möchte. Auch die Betriebskosten würden höher ausfallen.

Herr Zimmer spricht den Fahrrad- und Fußweg zwischen Walpershofen und Heusweiler an und fragt, ob dies ein großer Mehrkostenanteil sei, wenn man diesen mit laufenden Bewegungsleuchten ausstatte. Es sei kontraproduktiv zu dem beschlossenen Klimaschutzkonzept, wenn im Freiraum außerhalb des Ortes nachts Leuchten brennen würden. Hier sei bewegungsabhängiges Licht sinnvoll, was von Herrn Klein bestätigt wird.

Vom Vorsitzenden nach dem Kostenunterschied befragt, teilt Herr Klein mit, dass die Steuerung etwas koste. Wenn ein Zugriff über Funk möglich sei, stelle es keine Kostenmehrung dar. Hier müsste bei der Installation überprüft werden, ob der Empfang gewährleistet sei.

Herr Franke hält fest, dass es bereits verschiedene Städte gebe, beispielsweise Karlsruhe, in der Multifunktionslichtmasten mit Ladefunktion für E-Autos oder WLAN vorhanden seien. Er hätte gerne gewusst, ob dies ebenfalls angedacht sei.

Herr Klein erläutert kurz die Technik der Straßenbeleuchtung und teilt mit, dass dies nicht die Infrastruktur für die E-Mobilität darstellen könne, da dies leistungsmäßig nicht abbildbar sei. Es gebe andere Netzformen, bei der direkt aus der Niederspannung die Straßenbeleuchtung angeschlossen werden könne. Dies müsste immer Fallweise betrachtet werden.

Des Weiteren möchte Herr Franke in Bezug auf den Austausch der alten Lichtquellen wissen, ob der Austausch aufgrund der Lagerkapazität noch länger dauere oder generell auf LED gewechselt werde.

Herr Klein merkt an, dass jetzt ein Bauabschnitt in 2021 umgesetzt werde und die Förderanträge für 2022 bereits gestellt seien. Dann habe man für eine entsprechende Umrüstung die in den Plänen rot markierten Beleuchtungsanlagen im Fokus.

Herr Kiel möchte wissen, wann absehbar sei, bis die gesamte Straßenbeleuchtung in Heusweiler auf energieeinsparende LED-Lampen umgestellt sei und was seitens der Gemeinde getan werden könne, die Umsetzung zu beschleunigen.

Herr Klein teilt mit, dies sei von den Geldern abhängig, die der Rat für den Umbau bewillige. Vielleicht sollte über 5 oder 10 Jahre ein gewisser Betrag in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Kiel merkt an, man wäre in den nächsten fünf Jahren durch, wenn man in diesem Tempo weiter erneuern würde, zumindest mit den akut gefährdeten 1.000 Lampen.

Herr Zimmer hält fest, da man sich in den Haushaltsberatungen befinde, könnte der Rat beschließen, Verpflichtungsermächtigungen für 2023 einzustellen. Somit könnten an die 500 Lampen umgerüstet werden, was Kosten in Höhe von ca. 600.000 € bedeute. Die hierdurch entstehende Energieeinsparung betrage faktisch gesehen ca. 1.000 € im Jahr. Dies sollte angegangen werden, wenn es weitere Fördertöpfe gebe. Er denke, da es sich um bessere Leuchten handle, dass ein sukzessiver Austausch erfolgen könne. Es obliege dem Rat, in den Haushaltsverhandlungen eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung einzustellen. Somit

könnte frühzeitig eine Planung erfolgen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Er bittet, die Präsentation sowie die Pläne dem Rat zur Verfügung zu stellen, als Grundlage für die weitere Beratung. Er bedankt sich bei Herrn Klein und Herrn Mellinger für die ausführlichen Informationen.

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Mitteilungen und Verschiedenes

zu 4.1 Neuansiedlung SVOLT

Herr Hartmann möchte im Hinblick auf die Neuansiedlung SVOLT von der Verwaltung wissen, wie der Stand der Ansiedlung sei und wie die nächsten Schritte aussehen würden. Ebenso fragt er nach dem Sachstand des Gewerbegebietes Eiweiler in Richtung Lebach. Des Weiteren habe man durch die Presse erfahren, dass das Landesdenkmalamt „Freudensprünge“ vollführe in Bezug auf die Entdeckung des Flugzeughangars auf dem Gelände von SVOLT. Durch die Berichterstattung werde wild spekuliert, was mit dem Hangar passieren solle. Hier sei eine Nutzung als Lagerhalle oder Eventhalle bis hin zum Abbau und Aufbau an einem anderen Standort die Rede. Es wäre schön, von der Verwaltung näheres zu erfahren, sofern dies bekannt sei. Ihn würde die Frage interessieren, ob auf Grund dieser Entdeckung der Zeitplan zur Ansiedlung behindert werden könnte.

Der Vorsitzende führt aus, dass am heutigen Tag der Schornstein auf dem Gelände von SVOLT gesprengt worden sei. Er habe sich vor Ort die Abrissarbeiten angesehen, die sehr gut voranschreiten würden. Bei dieser Gelegenheit habe er auch einen Blick auf diesen Hangar geworfen und könne die Euphorie nicht nachvollziehen. Nach dem Lesen der fünfseitigen Begutachtung durch das Landesdenkmalamt habe man andere Erwartungen. Es gebe nach wie vor keine weiteren Informationen hierzu. Drei Termine seien bereits vom Landesdenkmalamt abgesagt worden. Für die nächste Woche sei der vierte Termin anberaumt. Es sei ihm nach wie vor nicht klar, was das Landesdenkmalamt von der Gemeinde wolle, da weder der Hangar noch die Fläche der Gemeinde gehöre. Er gehe davon aus, dass die Abrissarbeiten nicht behindert würden. Alles weiter sei reine Spekulation. In Bezug auf die weiteren Fragen erteilt er Frau Nowack das Wort.

Diese führt aus, dass derzeit im Hintergrund sehr viel gearbeitet werde. Bis Ende nächster Woche sollen Lärm- und Verkehrsgutachten vorliegen sowie der Umweltbericht mit Ausgleich. Bezüglich der Ausgleichsfindung stehe man in Kontakt mit der Landschaftsagentur Plus, um den Ausgleich für die Renaturierung Salbach hinzubekommen. Es gebe auch Ausgleich für einen Teilbereich Wald sowie weitere Überlegungen, die derzeit jedoch nicht ganz spruchreif seien. Das Verkehrskonzept sei bereits mit den Ingenieuren besprochen worden und werde positiv gesehen. In der Sitzung des Orsrates Eiweiler am 15.04.2021 soll die Planung nochmal vorgestellt und die Offenlage beschlossen werden. Danach soll Ende April die Offenlage im Gemeinderat beschlossen werden. Bis Ende Juni müsse Planungsrecht bestehen, um mit dem Bau beginnen zu können.

Der Vorsitzende teilt mit, man wolle zeitnah eine Informationsveranstaltung in

Eiweiler durchführen, sofern es die Möglichkeiten aufgrund der Pandemie zulassen.

Herr Kiel spricht die Ausgleichsmaßnahmen SVOLT an und regt an, dass bedacht werden solle, dass die Flächen in Eiweiler wegfallen und die Ausgleichsflächen nicht am Salbach, sondern in Eiweiler vorgenommen werden sollten. Hier hätte man genug Fläche zur Verfügung und verweist beispielsweise auf die Aufforstung der Himes-Schlucht.

Herr Wachall bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Hartmann und teilt mit, dass er in der ganzen Zeit im engen Austausch mit der Verwaltung, sowie den Fachabteilungen, die sich mit der Neuansiedlung beschäftigen, stehe. Bisher habe es keine neuen Mitteilungen gegeben. Zum jetzigen Zeitpunkt würden neue Vorlagen vorbereitet, die in der nächsten Ortsratssitzung behandelt werden sollen. Diese Ortsratssitzung sei früher geplant gewesen, habe sich jedoch verschoben, da sich andere Dinge noch in der Planung befänden. Man könne versichert sein, dass man ganz nah an der Sache dran sei. Man könne ihn gerne kontaktieren im Hinblick auf den Sachstand bzw. die Tagesordnung des Ortsrates und erhalte immer brandneue Informationen.

Herr Stefan Schmidt merkt an, wenn ein Gemeinderatsmitglied etwas über den Fortschritt des wichtigen Bauvorhabens von SVOLT wissen wolle, sei es sein gutes Recht, die Verwaltung zu befragen.

Herr Hartmann teilt mit, er habe diese Frage bewusst in der Sitzung gestellt, weil es die Öffentlichkeit angehe. Er werde auch weiterhin in diesem Rat Fragen stellen, die die Bevölkerung von Eiweiler betreffen und werde sich hierfür nicht die Absolution des Ortsvorstehers geben lassen.

zu 4.2 Rückhaltebecken Berschweiler

Herr Dr. Reimann spricht das Rückhaltebecken in Berschweiler an und möchte wissen, ob sich die Situation mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) geklärt habe, die Ausführungsplanung erledigt und wann Baubeginn sei.

Frau Nowack erläutert, dass sich die Kontaktaufnahme mit dem LUA schwierig gestalte, da Frau Schneider seit längerem krankheitsbedingt ausfalle. Hier stehe nach Ostern nochmals ein Termin an. Dieser hätte bereits Ende des Monats stattfinden können, sei aber verschoben worden, um Frau Sohn involvieren zu können. Die Ausführungsplanung sei noch nicht vollständig, da die Abstimmung mit dem LUA eingearbeitet werden müsse.

Auf die Frage von Herrn Dr. Reimann, ob er es richtig verstehe, dass es sich nur noch um eine Formsache handle und die Ausführungsplanung relativ schnell fertiggestellt werden könne, antwortet der Vorsitzende, dass man dies hoffe.

Frau Nowack merkt an, dass es schon noch einige Knackpunkte gebe und seitens der Verwaltung versucht werde, die Forderung vom LUA etwas zu verkürzen. Sollte das LUA auf die Zeitachse bestehen, wie es im Bescheid vorgegeben sei, könne nicht so schnell begonnen werden, weil dann im Herbst nochmals ein Monitoring vor Baubeginn stattfinden müsse.

Herr Dr. Reimann bittet um Rückmeldung, wie das Gespräch mit dem LUA verlaufen sei, was von Frau Nowack bejaht werde.

zu 4.3 Gewässerschau

Herr Hill teilt mit, er habe in der letzten Gemeinderatssitzung unter Mitteilungen und Verschiedenes darum gebeten, dass die Fraktionen über den diesjährigen Termin zur Gewässerschau unterrichtet werden sollen. Er gehe davon aus, dass man dies, sobald Frau Sohn ihren Dienst aufgenommen habe, erfahren werde.

zu 4.4 Erdbewegungen auf dem Gelände der Fa. Jeras

Herr Stefan Schmidt spricht die, in der letzten Sitzung des Gemeinderates angesprochenen, Erdbewegungen auf dem Gelände der Fa. Jeras an. Er möchte wissen, was der Termin mit der Fa. Jeras ergeben habe.

Frau Nowack bestätigt, dass der Termin stattgefunden habe und sie im Anschluss gemeinsam mit Herrn Rack auf dem Gelände gewesen sei. Man habe in dem hinteren Bereich nichts erkennen können. Die derzeitigen Arbeiten erfolgten in dem genehmigten Bereich.

zu 4.5 Veröffentlichungen von Geburten und Sterbefällen

Herr Kaninke bezieht sich auf die Veröffentlichung der Altersjubilare in der Heusweiler Wochenpost. Er habe im vergangenen Jahr bereits nachgefragt, ob nicht Geburten oder Sterbefälle veröffentlicht werden könnten, wie dies in Püttlingen geschehe.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies zum einen ein datenschutzrechtliches Problem sei. Zum anderen würden nur die Altersjubilare veröffentlicht, die einer Veröffentlichung zugestimmt hätten. Bei einem Sterbefall finde er die Vorgehensweise schwierig. Bei einem Todesfall würden die Angehörigen eine Trauerkarte des Bürgermeisters im Auftrag der Gemeinde erhalten. Für die Hinterbliebenen eine Veröffentlichung zu machen, halte er für eine Pietätsfrage. Bei den Geburten werde im Auftrag der Gemeinde vom Regionalverband ein Babybegleichungsbesuch durchgeführt, sofern dies gewünscht sei. Er sehe den Sinn nicht, erneut über eine Anzeige auf die Geburt hinzuweisen.

zu 4.6 Sachstand Barbara-Ensemble

Herr Saar möchte gerne wissen, wie der aktuelle Sachstand des Bauprojektes Barbara-Ensemble sei.

Herr Ringe führt aus, dass die Verbundsteinarbeiten im Bereich der Feuerwache soweit fertiggestellt seien. Der Innenausbau verlaufe ebenfalls planmäßig. In den nächsten Wochen sei das Gebäude entsprechend bereitgestellt, so dass die Feuerwehrfahrzeuge im Gebäude beheimatet werden könnten. Den Umbau der Halle betreffend, gehe man derzeit an das Dach. Der Zeitplan sehe sehr gut aus, so dass man von einer Fertigstellung der Halle in diesem Jahr ausgehe. Er schlägt

vor, nach Fertigstellung des Gebäudes, dieses mit dem Rat oder einer Arbeitsgruppe zu begehren.

Der Vorsitzende hält dies für eine gute Idee.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:20 Uhr und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.